ein dossier des apabiz e.v. | lausitzerstr. 10, 10999 berlin | 030.611 62 49 | www.apabiz.de

Dossier: Das Bild bleibt unvollständig

Hintergründe und Zahlen zu Anschlägen und Demonstrationen gegen Geflüchtete (Stand: 20. Oktober 2015)



Die Turnhalle in Nauen brannte nach einem Anschlag aus. Hier sollten Refugees unterkommen | (c) apabiz

Inhalt

1 Das Bild bleibt unvollständig
Die Zahlen von rassistischen Anschlägen und Demonstrationen unterscheiden sich erheblich

4 Rechte Straftaten gegen Unterkünfte im Vergleich

5 Brandanschläge auf bewohnte und geplante Unterkünfte September/Oktober 2015

8 Gegenüberstellung von Zahlen extrem rechter Aufmärsche am Beispiel Berlin

Das Bild bleibt unvollständig

Die Zahlen von rassistischen Anschlägen und Demonstrationen unterscheiden sich erheblich

Die rassistischen Angriffe auf bewohnte oder geplante Unterkünfte von Geflüchteten haben drastisch zugenommen. Über 70 Brandstiftungen zählen unabhängige Recherchen bislang im Jahr 2015. In der Berichterstattung wird immer wieder auf Zahlen des Innenministeriums beziehungsweise des Bundeskriminalamts zurückgegriffen. Eine qualitative Auseinandersetzung mit diesen erfolgt jedoch meist nicht.

Am 12. Oktober 2014, also vor knapp einem Jahr, flogen in Groß Lüsewitz bei Rostock zwei Molotovcocktails gegen eine Asylunterkunft. Zu dieser Zeit waren hier bereits acht Familien untergebracht. Monate später konnten zwei Tatverdächtige festgenommen werden, diese sitzen seit August in Untersuchungshaft. Die Staatsanwaltschaft erhob nun Anklage wegen versuchten Mordes. In den Zahlen der Bundesregierung zu Angriffen gegen Asylunterkünfte sucht man Groß Lüsewitz vergebens.

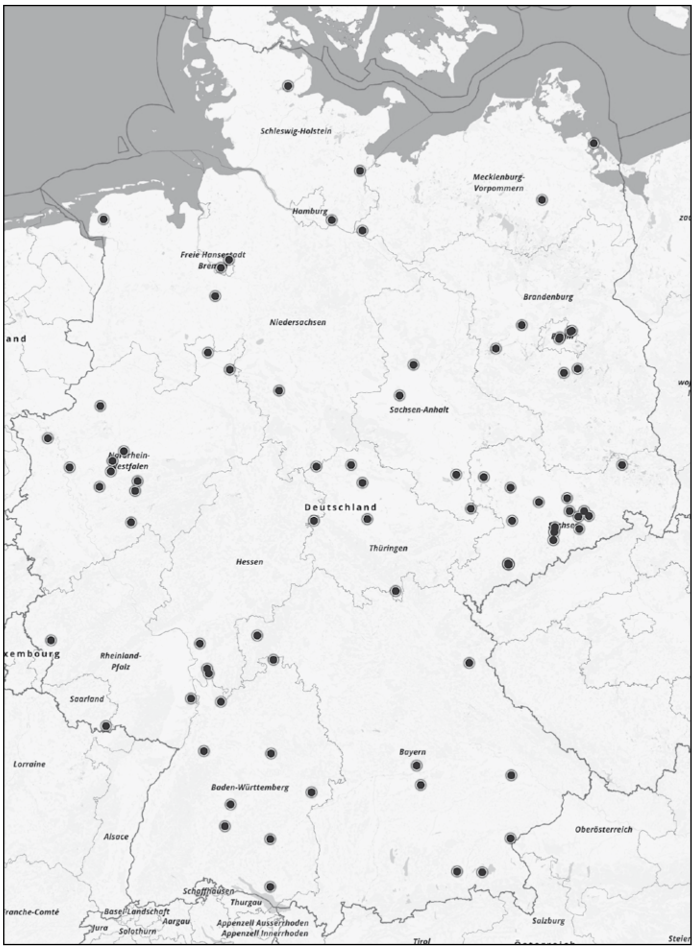
Einmal pro Quartal veröffentlicht das Bundesministerium des Innern diese Zahlen inklusive einer Liste, welche die Delikte einzeln aufschlüsselt. Das Ergebnis scheint eindeutig: 173 rechte Straftaten gegen Asylunterkünfte im ersten Halbjahr 2015. Das sind fast dreimal so viele wie in der ersten Jahreshälfte 2014 (75). Im Oktober sprach Innenminister De Maizière von mehr als 490 Straftaten im laufenden Jahr. Die aktuelle Drucksache des Bundestages lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Die Äußerungen De Maizières deuten aber darauf hin, dass sich die Angriffe im 3. Quartal im Vergleich zu den Vormonaten erneut mehr als verdoppelt haben. Doch dürften auch diese Zahlen unvollständig sein. In den Auflistungen des Bundesinnenministeriums fehlen immer wieder Delikte. Dies zeigt ein Abgleich, den wir mit Dokumentationen verschiedener unabhängiger Beobachtungsstellen rechter Gewalt in den ostdeutschen Bundesländern durchgeführt haben.

Tröglitz und Escheburg – zwei von vielen

Die offiziellen Daten basieren auf den Ergebnissen der einzelnen Polizeibehörden vor Ort, welche diese an das BKA melden. Häufig wird in Pressemeldungen die Gesamtzahl der genannten Delikte zitiert. In der Statistik werden jedoch sämtliche Straftaten am »Tat-

Diese Dokumentation basiert in Teilen auf Auftrags-Recherchen, die das apabiz für die Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE durchgeführt hat.

v.i.s.d.p.: apabiz e.v., c.schulze, lausitzer str. 10, 10999 berlin | fotos: alle rechte liegen bei den fotograf_innen
dank an unsere fördermitglieder, die mit ihrem beitrag die finanzierung unterstützen



Brandanschläge und Sprengstoffdelikte gegen Asylunterkünfte 2015. | (c) rechtesland.de, Stand Oktober 2015

ort oder mit dem Ziel« Asylunterkunft geführt. Es finden also auch Taten Eingang, die im Zusammenhang mit zivilgesellschaftlichen Interventionen zum Schutz von Asylunterkünften stattgefunden haben. Bezieht man sich jedoch wie eingangs ausschließlich auf die PMK-rechts-Fälle, laufen wir Gefahr verschiedene Delikte, bei denen eine rassistische Motivation durch die Behörden nicht erkannt wurde, auszuklammern. Rassismus als Tatmotiv anzuerkennen war in der Vergangenheit bekanntlich keine Stärke der Ermittlungsbehörden. Konkret für die Zahlen des ersten Halbjahres bedeutet dies, dass etwa die Brandanschläge in Tröglitz (Sachsen-Anhalt) im April und in Escheburg (Schleswig-Holstein) im Februar keine Berücksichtigung finden, da sie nicht unter PMK-rechts geführt werden. Bei erst genanntem Anschlag gibt es aufgrund der monatelangen rassistischen Hetze und Bedrohungen im Ort begründeten Anlass von einem rechten Anschlag auszugehen. Zur Zeit als das Feuer gelegt wurde, wohnten zwei Personen in dem Gebäude, deren Leben durch das Feuer bedroht wurde. Der Dachstuhl des Gebäudes brannte völlig aus. Aufgeführt wird Tröglitz aktuell als schwere Brandstiftung, nicht aber als versuchter Mord. Die Ermittlungen waren zunächst, wie bei vielen vergleichbaren Fällen, unergiebig. Erst im Oktober konnte erstmals ein Tatverdächtiger ermittelt werden, dieser sympathisiert laut Medienberichten mit der NPD. In Escheburg hingegen war die rassistische Motivation des mittlerweile verurteilten Brandstifters bald bekannt. Dieser gab vor Gericht an, aus Angst um die Idylle im Ort gehandelt zu haben.

Zusätzlich zu den Fällen, bei denen die PMK-Zuordnung zu kritisieren ist, gibt es immer wieder Angriffe, egal ob Sachbeschädigungen oder Körperverletzungen, die nicht in der Statistik des BMI aufgeführt werden. Einige dieser Fälle könnten im Verlauf des Jahres nachgemeldet werden, da die Zahlen je nach Abfragedatum und Ermittlungsstand nachträglich aktualisiert werden. Sicher ist das aber nicht.

Versuchte Brandstiftung oder »nur« Sachbeschädigung

Auch die in der Liste verwandten Straftatbestände werfen Fragen auf. Zu den am häufigsten registrierten Delikten gehören Sachbeschädigungen, Volksverhetzungen und das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Doch auch schwere Körperverletzungen, Bedrohungen und Brandstiftungen werden geführt. Von diesen Daten zurück auf das konkrete Geschehen zu recherchieren erweist sich, vor allem da wo unabhängige Beobachtungsstellen fehlen, als schwierig. Die folgenden zwei Beispiele zeigen jedoch wie problematisch eine Nichtüberprüfung ist. So meldet die RAA Sachsen e.V für den 3. Juni 2015 eine versuchte Brandstiftung in ihrer Chronik rechter Gewalt. Hier heißt es mit Bezug auf Presse- und Polizeimeldungen: »Unbekannte haben in der Nacht zu Mittwoch einen Brandanschlag auf das Asylbewerberheim in Hoyerswerda verübt. Nach Polizeiangaben warfen sie einen Behälter mit brennbarer Flüssigkeit in Richtung der Notunterkunft, in der sich zu diesem Zeitpunkt 27 Asylbewerber aufhielten.« In der Liste des BMI findet sich für den 3. Juni in Hoyerswerda jedoch lediglich eine Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten und eben keine versuchte Brandstiftung.

Ein ähnlicher Fall in Brandenburg: Hier berichtete der Verein Opferperspektive am 4. November 2014, dass in der Nähe einer zukünftigen Notunterkunft in Senftenberg ein Molotovcocktail gefunden wurde, welcher offensichtlich sein Ziel verfehlte. Außerdem wurde an dem Gebäude die Parole »Werden hier Asylbewerber wohnen, werden hier bald Flammen lodern« angebracht. Versuchte Brandstiftung sucht man erneut vergebens in der Liste des BMI. Auffindbar ist lediglich ein Eintrag für den Vortag, der eine Sachbeschädigung angibt.

Auch der Tatbestand versuchter Mord fand sich hier bislang nicht. De Maizière nannte diesen nun erstmalig in einer Stellungnahme zu den aktuellen Entwicklungen. Den aufgeschlüsselten Zahlen des 3. Quartals werden wir möglicherweise entnehmen können, wo entsprechend ermittelt wird. Immer häufiger finden derzeit Brandstiftungen auch an bewohnten Unterkünften statt. Dabei wird der Tod von Menschen billigend in Kauf genommen. Der Umstand, dass die aktuellen Anschläge bislang noch keine Todesopfer gefordert haben, ist da beinahe glücklich.

Zunahme rassistischer Mobilisierungen wird ignoriert

Die Zunahme von Anschlägen auf Unterkünfte für Geflüchtete steht im Zusammenhang mit einem Anstieg rassistischer Aufmärsche generell und einem öffentlich geführten Diskurs, der Geflüchteten immer wieder ihre Fluchtgründe abspricht und sie nur allzu oft als Gefahr darstellt. Tatsächlich sind die Zahlen der Angriffe gegen Unterkünfte Ende 2014 sprunghaft angestiegen, also genau dann als PEGIDA in Dresden und die verschiedenen anderen GIDAs im Bundesgebiet zahlenmäßig am Stärksten waren und im Fokus der Öffentlichkeit standen.

Ein Blick auf die Zahlen der Bundesregierung zu extrem rechten Aufmärschen zeigt aber, wie ein Großteil der aktuellen Mobilisierungen hier schlicht ignoriert wird. So finden sich zwar verschiedene GIDA-Aufmärsche in der Aufstellung, jedoch nur wenn bei diesen eine neonazistische Dominanz oder gar Steuerung erkannt wird. Gerade das Dresdner Original mit den größten TeilnehmerInnenzahlen fehlt aber komplett, ebenso HOGESA. Auch keiner der anderen sächsischen GIDA-Aufmärsche ist in den Zahlen enthalten, auch dann nicht, wenn er wie in Leipzig das bevorzugte Betätigungsfeld von Neonazi-Hooligans ist. Mit der Verengung auf einen einseitigen Rechtsextremismus-Begriff, welcher sich lediglich auf organisierte Strukturen und Parteien beschränkt, ist es den Behörden erneut nicht möglich die aktuellen Entwicklungen adäquat einzuordnen. Gelistet wird nur, was allzu offensichtlich neonazistisch ist. Aggressiver Rassismus und andere Bestandteile extrem rechter Ideologie auf der Straße allein qualifizieren offenbar nicht dafür, seitens der Institutionen in den Fokus zu geraten. Wo Rassismus außerhalb von extrem rechten Parteien und Kameradschaften propagiert wird, wird er also nicht als solcher erkannt. Häufig wird dabei das Bild der vermeintlich berechtigten Ängste »besorgter Bürger« bemüht. Es sind aber eben genau diese, welche sich als »Vollstrecker des Volkszorns« der geistigen Unterstützung aus ihrem sozialen Umfeld in Nachbarschaft oder Betrieb gewiss sein dürften.

Wie hoch die Diskrepanz zwischen unabhängiger Beobachtung und offizieller Darstellung ist, zeigen unsere Dokumentationen zu rechten Aufmärschen in Berlin. Im Zeitraum Oktober 2014 bis März 2015 wurden durch das BMI genau drei Veranstaltungen der extremen Rechten in Berlin vermeldet. Alle drei werden der NPD zugerechnet. Unerwähnt bleiben die allein Ende des Jahres 2014 dreimal wöchentlich stattgefundenen, rassistischen Aufmärsche in den Randbezirken der Stadt, bei denen ein Großteil der Infrastruktur inklusive der RednerInnen und OdnerInnen aus bekannten Neonazistrukturen kamen und welche gern unter dem Label »Nein zum Heim« beziehungsweise einer »Bürgerinitiative« auftraten. Dadurch fehlen rassistische Aufmärsche mit bis zu 1.000 Personen in Marzahn-Hellersdorf, ganz zu schweigen vom extrem-rechten Potpourri aus Identitärer Bewegung, Pro Deutschland, AfD, NPD und Holocausleugnern al á BÄRGIDA, dass sich seit Jahresbeginn jede Woche in der Stadt versammelt. So zählen wir im selben Zeitraum nicht drei sondern 56 Veranstaltungen mit nicht nur 300 TeilnehmerInnen, sondern insgesamt ca. 10.000 Personen. Zahlen, die auf die hohe Regelmäßigkeit zurückgehen, mit der Rassismus derzeit auch auf Berliner Straßen propagiert wird.

Lieber genau hinsehen

Durch das unhinterfragte Übernehmen der Zahlen des BMI in der Berichterstattung wird fataler weise die behördliche Deutungshoheit über die aktuellen rassistischen Ausschreitungen anerkannt und weiterverbreitet. Wer das tatsächliche Ausmaß beschreiben will, recherchiert jedoch auch weiterhin lieber selbst. Da die Zahlen nur alle drei Monate veröffentlicht werden und häufig schon wenige Tage später völlig veraltet sind, greifen verschiedene Pressestellen auch auf aktuellere Zahlen des BKA zurück. Diese werden jedoch in keiner Weise aufgeschlüsselt. Eine Überprüfung der Zahlen ist so unmöglich. Welche Delikte berücksichtigt wurden, darüber kann nur gerätselt werden. Allein im Bereich von Brandstiftungen liegen die Zahlen unserer eigenen Recherchen circa dreimal höher.

Eine generelle Tendenz liefern die offiziellen Zahlen also nur zum Teil, auch wenn das Anwachsen rassistischer Gewalt derart offensichtlich ist, dass diese auch trotz ungenauer Daten erkennbar ist. Das tatsächliche Ausmaß von rassistischen Angriffen sowie Aufmärschen liegt mit Sicherheit aber höher. Mit einer unabhängigen Dokumentation in allen Bundesländern wäre schon viel gewonnen. Neben den Zahlen gilt dies vor allem auch für eine qualitative Einschätzung, welche nicht durch die Brille einer völlig diskreditierten Extremismustheorie erfolgen würde.

Die Debatte um rechten Terror

Vermehrt wird nun darüber diskutiert, um wen es sich bei den BrandstifterInnen handelt. Für die Mehrheit der Brandanschläge sind bis jetzt keine Tatverdächtigen ermittelt worden. Hinweise auf eine überregionale-koordinierte Struktur finden sich derzeit nicht. Dieser bedarf es wohl auch nicht. Vor Ort gibt es genügend gewaltbereites rassistisches Potential und das nötige Know-How liefert ein kurzer Blick ins Internet. So ist es auch nicht in organisierte Strukturen eingebundenen RassistInnen problemlos möglich Anschläge zu verüben. Aber auch von einer Wissensweitergabe der alten, noch immer aktiven Hoyerswerda-Generation an neue potentielle BrandstifterInnen ist auszugehen. Wenn nun eine Debatte aufkommt, ob es sich bei der aktuellen Gewalt um eine Form rechten Terrors handelt, dürfen aber nicht lediglich die bekannten Konzepte von im Untergrund agierender Gruppen herangezogen werden. Vielmehr ist rassistische Gewalt derzeit konsensfähig in vielen Ortschaften. Die Debatte birgt somit auch die Gefahr rechte Gewalt einmal mehr als gesellschaftliches Randphänomen abzuhaken. Auffällig ist, dass offenbar bei vielen Brandanschlägen eine genaue Kenntnis über Gebäude und Umfeld vorhanden ist. Anders sind Anschläge wie in Nauen (Brandenburg), wo gezielt Gas in ein unbewohntes Gebäude geleitet wurde um dieses zur Explosion zu bringen, nicht denkbar.

Gegenstrategien entwickeln

Die Verharmlosung rechter Gewalt und eine nicht stattgefundene Strafverfolgung haben in den neunziger Jahren das Entstehen des NSU mit ermöglicht. Wenn heutzutage einmal mehr der Gefahr, die von RassistInnen ausgeht, aufgrund mangelhafter Analysen nicht entgegengewirkt wird, stellt sich die Frage, was die Behörden seit dem dazu gelernt haben.

Aufgabe antifaschistischer Gruppen muss sein, Rassismus immer wieder auch als solchen zu benennen und als das wahrscheinlichste Tatmotiv in die öffentlichen Debatten zu tragen. Dabei gilt es bei schieren Menge an Angriffen nicht den Überblick zu verlieren und gemeinsam mit Refugees eine Strategie zu entwickeln. Kritischer Journalismus kann dazu seinen Beitrag leisten. Dafür sollten Zahlen staatlicher Stellen aber nicht widerspruchslos übernommen werden.

Kilian Behrens

Nachdruck aus: monitor Nr. 71, Rundbrief des apabiz.

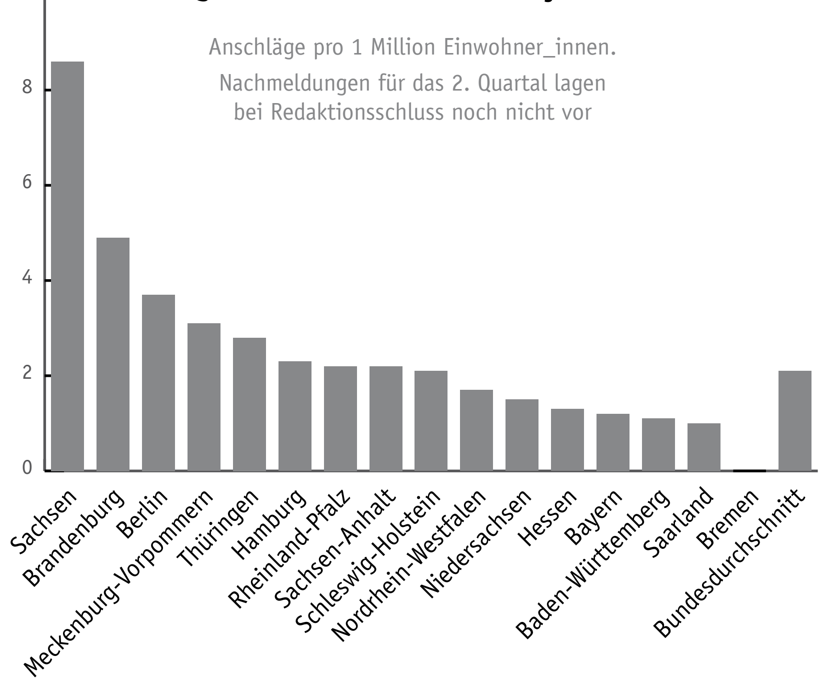
Auf www.rechtesland.de findet sich eine ausführliche Dokumentation und Visualisierung von Angriffen gegen Unterkünfte, die laufend aktualisiert wird

Rechte Straftaten gegen Unterkünfte im Vergleich

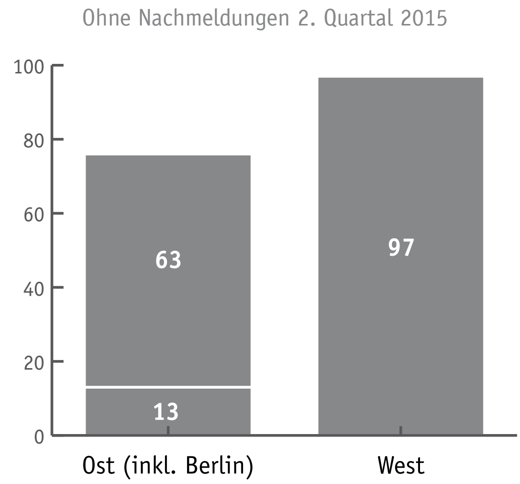
Die Grafiken beruhen auf einer Auswertung der Bundestagsdrucksachen zum Thema Angriffe gegen Asylunterkünfte (18/3964, 18/4821, 18/5686).

Bei Redaktionsschluss (20.10.2015) lag die Drucksache für das dritte Quartal 2015 noch nicht vor, daher konnten Nachmeldungen für das zweite Quartal sowie die Entwicklung bis Oktober noch nicht abschließend berücksichtigt werden. Verschiedene Medien berichteten mit Bezug auf das Bundeskriminalamt aber bereits von 461 rechten Straftaten in den ersten drei Quartalen 2015. Das lässt darauf schließen, dass die Zahl für das zweite Quartal durch die Aktualisierungen deutlich über einhundert Delikte steigen wird und sich dieser Wert im dritten Quartal noch einmal verdoppelt hat.

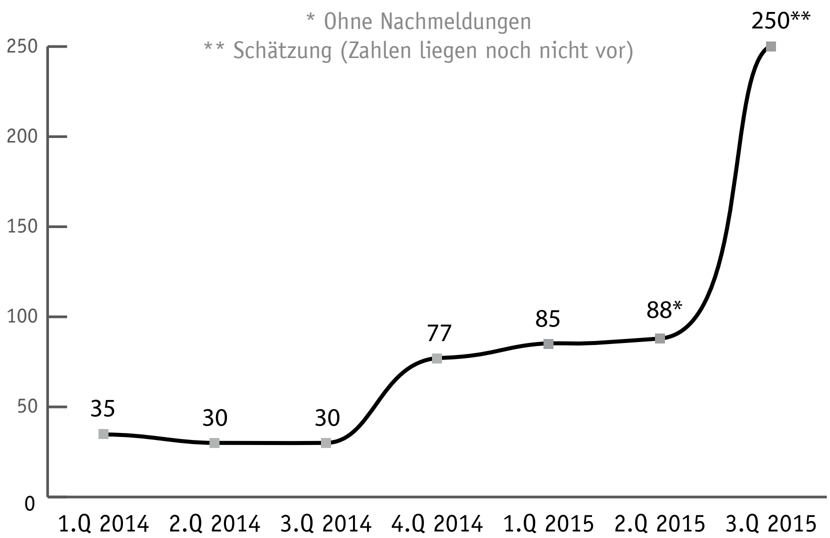
Vergleich Bundesländer 1. Halbjahr 2015



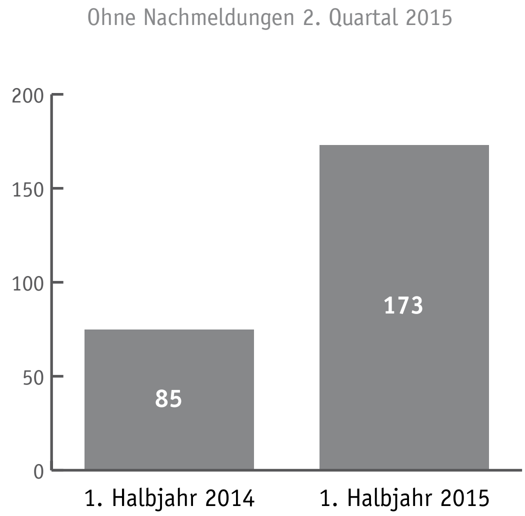
Vergleich Ost/West 1. Halbjahr 2015



Steigerung 1. Quartal 2014 – 3. Quartal 2015



Vergleich 1. Halbjahr 2014/ 1. Halbjahr 2015



Brandanschläge auf bewohnte und geplante Unterkünfte 1. September – 20. Oktober 2015

Auf rechtesland.de dokumentiert das apabiz laufend Brandanschläge auf bewohnte oder geplante Refugee-Unterkünfte. Verdachtsfälle sind in der Beschreibung gekennzeichnet. Wir versuchen die Liste möglichst aktuell zu halten und neue Erkenntnisse zu den einzelnen Taten aufzunehmen. Details zu den Brandursachen werden von den Behörden allerdings oft erst Tage oder Wochen später veröffentlicht – wenn überhaupt. Sollten Anschläge fehlen oder aktuelle Infos nicht berücksichtigt sein, bitten wir um einen Hinweis an redaktion@rechtesland.de

Hier ein Auszug der Dokumentation. Die vollständige Liste mit Quellenangaben findet ihr in Tabellenform auch unter blog.rechtesland.de

Datum	Ort	Bundesland	Vorfall	Be-wohnt	Unbe-wohnt	Beschreibung
03.09.15	Witten-Bommer-holz	NRW	Brandanschlag gepl. Unterkunft		X	In einer geplanten Unterkunft in Witten-Bommerholz wird am frühen Morgen Feuer gelegt. Da ein Fenster eingeschlagen und Brandbeschleuniger gefunden wurde, vermutet die Polizei einen "fremdenfeindlichen Hintergrund", so die WAZ. Die Unterkunft sollte noch im September von 30-50 Geflüchteten bezogen werden.
06.09.15	Dortmund	NRW	Brandstiftung gepl. Unterkun-nft		X	In Dortmund-Kemminghausen versuchen Unbekannte eine ehemalige Schule anzustecken, die zukünftig als Unterkunft für Geflüchtete genutzt werden soll. Polizei und Staatsanwaltschaft gehen von einer vorsätzlichen Brandlegung aus.
06.09.15	Neckarge-münd	BaWü	"Rauchwurfkör-per" in Hof von Unterkunft	X		Unbekannte werfen gegen Mitternacht "Rauchwurfkörper" in den Hof einer Unterkunft für Geflüchtete. Mehrere Bewohner_innen müssen wegen der starken Rauchentwicklung ins Freie flüchten. Eine Person klagt über Kopfschmerzen und Übelkeit.
07.09.15	Ebeleben	Thüringen	Brandstiftung gepl. Unterkunft		X	In der Nacht auf Montag wird ein Feuer gemeldet. Die Dachstühle von drei Wohnhäusern in Ebeleben-Rockensußra die zukünftig als Unterkunft für Geflüchtete dienen sollten brennen aus. Die Polizei geht von politisch-motivierter Brandstiftung aus. Ein technischer Defekt könne ausgeschlossen werden. Der Sachschaden belaufe sich auf 300 000 €.
07.09.15	Rottenburg am Neckar	BaWü	Feuer in Unter-kunft, Ursache unklar			In einer Containerunterkunft für Gelüchtete bricht Feuer aus, mehrere Bewohner_innen werden verletzt. Die Ursache ist zunächst unklar.
09.09.15	Bliesdal-heim	Saarland	Brandanschlag gepl. Unterkunft		X	In einer früheren Schule, in der Geflüchtete untergebracht werden sollten, wird Feuer gelegt. Die Polizei geht von Brandstiftung aus, der Schaden beläuft sich auf mehrere Zehntausend Euro.
09.09.15	Berlin-Marzahn	Berlin	Fackelwurf auf Unterkunft	X		Auf den Hof einer Unterkunft für Geflüchtete am Glambecker Ring in Berlin-Marzahn wird eine Bengalo-Fackel geworfen. Die Unterkunft war erst wenige Tage zuvor bezogen worden.
11.09.15	Gerstungen	Thüringen	Brandstiftung in Privathaus		X	In der Nacht zu Freitag wird in Gerstungen (Wartburgkreis) ein leerstehendes Privathaus angezündet. Zuvor hatte die Besitzerin auf Facebook angekündigt, das Haus für Geflüchtete bereit stellen zu wollen. Der Wartburgkreis hatte mitgeteilt, dass ihm das Haus noch nicht angeboten wurde. Die Polizei geht von Brandstiftung aus. Ein rassistisches Motiv sei nicht auszuschließen.
12.09.15	Oberwiehl	NRW	Waggon ange-zündet		X	Wie die Oberbergische Volkszeitung meldet, wurde am Samstag ein Waggon der Rhein-Sieg-Eisenbahn angezündet. Die Stadt Wiehl plant derzeit Geflüchtete in ausrangierten Bahnwaggons unterzubringen, jedoch nicht in diesem. An dem jetzt ausgebrannten Waggon wurde außerdem ein Hakenkreuz sowie die Parole „Go home Asyl“ angebracht. Ermittlungen wurden aufgenommen.
15.09.15	Porta West-falica	NRW	Versuchte Brand-stiftung	X		In Porta Westfalica wurde in der Nacht auf Dienstag von Unbekannten eine Flasche mit einer brennbaren Flüssigkeit gegen eine Unterkunft für Geflüchtete geworfen. In den zwei Gebäuden der Notunterkunft hielten sich zu dieser Zeit 37 Geflüchtete auf. Verletzt wurde niemand. Der Sachschaden ist gering. Laut Tagesspiegel wurden Ermittlungen wegen versuchter schwerer Brandstiftung aufgenommen.

Datum	Ort	Bundesland	Vorfall	Be-wohnt	Unbe-wohnt	Beschreibung
18.09.15	Bad Aibling	Bayern	Versuchte Brand-stiftung		X	In der Nacht auf Freitag haben Unbekannte versucht eine noch leerstehende Containerunterkunft für Geflüchtete anzuzünden. Laut Pressemeldungen ermittelt die Polizei wegen versuchter schwerer Brandstiftung.
20.09.15	Breesen	M-V	Brandanschlag auf geplante Unterkunft (Verdachtsfall)		X	Laut Pressemitteilung der Polizei kam es in Breesen zu einem Brand in einem leerstehenden Mehrfamilienhaus. Der Landkreis Rostock plante hier Geflüchtete unterzubringen. Nach ersten Ermittlungen sei von Brandstiftung auszugehen. Ein "fremdenfeindlicher Hintergrund" könne nicht ausgeschlossen werden.
20.09.15	Freital	Sachsen	Anschlag - Sprengkörper zerstört Fenster-scheibe	X		Wie der MDR berichtet kam es in der Nacht zum Sonntag zu einem Anschlag auf eine Wohnung von Geflüchteten. Ein auf dem Fens-terbrett befestigter Sprengkörper wurde zur Explosion gebracht. Dadurch wurde die Fensterscheibe zerstört. Glücklicherweise be-fand sich niemand in dem Zimmer, sonst wäre er/sie durch Splitter verletzt worden, so die Ermittler_innen. In Freital kam es in den letzten Monaten immer wieder zu rassistischen Aufmärschen.
20.09.15	Wertheim	BaWü	Brandanschlag auf Notunter-kunft (Verdachtsfall)		X	In der Nacht auf Sonntag brannte eine bezugsfertige Notunter-kunft für Geflüchtete in Wertheim. Diese sollte in den nächsten Tagen bezogen werden. Das Gebäude ist jetzt einsturzgefährdet. Es fanden sich Spuren, die auf einen Einbruch hindeuten. Vorsätzli-che Brandstiftung könne nicht ausgeschlossen werden, berichtete SWR3 mit Bezug auf einen Polizeisprecher.
17.-21. 09.15	Burg-kirchen	Bayern	Brandanschlag auf vermeintlich gepl. Unterkunft		X	Im Zeitraum zwischen dem 17. und 21. September dringen unbe-kannte Täter_innen in eine Halle in Burgkirchen ein und versuchen diese in Brand zu setzen. Außerdem hinterlassen sie rassistische und nationalistische Parolen wie "Wir sind Deutschland" und "Es reicht mit den blöden Gutmenschen". In der Halle wird durch Freiwillige eine Fahrradwerkstatt für Geflüchtete und Bedürftige betrieben. Im Ort kursieren unzutreffende Gerüchte, dass das Gebäude als Unterbringung für Asylsuchende genutzt werden soll. Es entstand geringer Sachschaden.
26.09.15	Bremen	Bremen	Brandanschlag auf eine Zeltun-terkunft (Verdachtsfall)	X		Der Weser Kurier berichtet von einem Brandschlag auf eine Zelt-unterkunft für Geflüchtete in Bremen. Es heißt: "Offenbar hätten bislang noch unbekannte Täter von außen versucht, Bodenbretter und die Kunststoffkassetten einer Seitenwand mittels einem Brand-mittel oder einem Brandbeschleuniger zu entzünden. Dabei wurde allerdings lediglich der Holzfußboden in Mitleidenschaft gezogen." Laut Innenbehörde sei der Sachschaden gering. Das Feuer sei aber nicht zufällig entstanden. Ermittlungen wurden aufgenommen.
29.09.15	Oberteurin-gen	BaWü	Brand gepl. Asyl-unterkunft	X		Eine geplante Erstaufnahmeeinrichtung im Gewerbegebiet in Oberteuringen brennt. Ende November sollten dort 50 Geflüchtete einziehen. Die Brandursache ist laut Polizei noch unbekannt.
29.09.15	Lüden-scheid	NRW	Brandstiftung in Unterkunft	X		In einer Notunterkunft für Geflüchtete in Lüdenscheid bricht ein Brand in einem Kellerraum aus. Fünf Bewohner_innen werden mit Verdacht auf eine Rauchgasvergiftung ins Krankenhaus gebracht. Ein 19-jähriger Mitarbeiter einer Hilforganisation gesteht die Brandstiftung.
03.10.15	Altena	NRW	Brandstiftung	X		Auf dem Dachboden einer bewohnten Unterkunt in Altena (Sauer-land) wird an zwei Stellen mit Brandbeschleuniger Feuer gelegt. Es kommt zu einem Schwelbrand. Besucher_innen bemerkten das Feuer, als sie die gerade im Haus eingetroffenen Refugees begrü-ßen wollten.
03.10.15	Großhart-mannsdorf	Sachsen	Brandstiftung		X	In einer Kinder- und Jugendfreizeitstätte in Großhartmannsdorf werden Fenster eingeworfen und mit Holzlatten, die mit Brandbe-schleuniger getränkt sind, angezündet. Das Haus wurde vom Land Sachsen angemietet, um dort zukünftig allein reisende minder-jährige Refugees unterzubringen. Obwohl das Feuer selbstständig erlischt, ist das Haus wegen der Brandschäden nicht nutzbar. Die Polizei bestätigt den Anschlag erst auf Nachfrage der Freien Presse.

Datum	Ort	Bundesland	Vorfall	Be-wohnt	Unbe-wohnt	Beschreibung
04.10.15	Friemar	Thüringen	Brandstiftung (Verdachtsfall)	X		In einer bewohnten Unterkunft in Friemar (Thüringen) werden Toiletten angezündet. Das Feuer greift auf eine angrenzende Fassade einer Turnhalle über, in der Refugees schliefen. Die Kripo ermittelt wegen Brandstiftung. (04.10.2015)
04.10.15	Xanten	NRW	Versuchte Brandstiftung		X	In Xanten brechen Unbekannte in eine geplante Unterkunft ein und versuchen das Gebäude mit Brandbeschleuniger anzuzünden. Die ehemalige Schule wird gerade für Refugees umgebaut, es entstand nur leichter Sachschaden.
05.10.15	Bassum	Niedersachsen	Brandstiftung mögliche Unterkunft (unklar)		X	In Bassum brennt ein Wohnhaus mit Anbau. Seitens der Stadt war nach Polizeiangaben angedacht, aber noch nicht endgültig entschieden, Refugees in dem Haus unterzubringen. Die Brandursache ist nach den ersten Meldungen unklar. (05.10.2015)
06.10.15	Dresden-Prohlis	Sachsen	Versuchte Brandstiftung		X	Auf eine geplante Unterkunft in Dresden-Prohlis werden Nachts vier Molotowcocktails geworfen. Das Gebäude gerät nicht in Brand, in die Unterkunft sollen wenige Tage später Tagen Refugees einziehen. Schon seit Tagen gibt es rassistische Proteste wegen der geplanten Unterkunft.
08.10.15	Grimma	Sachsen	Brandstiftung		X	In einem Gebäudekomplex im Gewerbegebiet von Grimma brennen mehrere Räume aus. Das Gebäude war als Unterkunft für Refugees in Erwägung gezogen worden. Die Kripo schließt einen technischen Defekt aus und geht von Brandstiftung aus.
08.10.15	Bochum	NRW	Ungeklärte Brandursache		X	Ein Kunststoffpavillon vor dem Eingang eines Pfarrhauses in dem sich eine Kleiderkammer für Refugees befindet brennt aus unbekannten Gründen nieder.
12.10.15	Altheim (Alb)	BaWü	Rauchender Gegenstand durch geöffnetes Fenster geworfen	X		Ein Unbekannter warf in der Nacht auf Sonntag einen rauchenden Gegenstand durch ein geöffnetes Fenster einer bewohnten Unterkunft für Geflüchtete. Dadurch wurde der Feueralarm ausgelöst und mehrere Bewohner_innen mussten das Gebäude verlassen. Verletzt wurde niemand. Es entstand geringer Sachschaden.
12.10.15	Trassenheide	M-V	Versuchte Brandstiftung		X	Unbekannte warfen am Sonntagmorgen zwei mit Brandbeschleuniger gefüllte Gasflaschen gegen die Fassade eines leerstehenden Hauses. Laut Bürgermeister wurde geprüft, ob in dem Gebäude Geflüchtete untergebracht werden können. Die Gemeindevertretung wurde über die Pläne bereits unterrichtet. Eine Entscheidung stand noch aus. Der Brandschaden blieb gering. Es entstanden Rußspuren und der Rasen geriet in Brand.
12.10.15	Boizenburg	M-V	Brandstiftung		X	Nach einem Brand in einer geplanten Unterkunft für Geflüchtete geht die Polizei nun von Brandstiftung aus. Verletzt wurde bei dem Brand niemand. Es entstand ein Sachschaden von 350 000 Euro. Das Haus ist nach dem Brand unbewohnbar. Noch in der selben Woche hätten hier die ersten Bewohner_innen einziehen sollen.
16.10.15	Flensburg	Schleswig-Holstein	Brandstiftung		X	In einem leerstehenden Gebäude in Flensburg hat es in der Nacht gebrannt. Ab nächster Woche sollten hier 40 Geflüchtete untergebracht werden. Die Polizei geht von Brandstiftung aus. Spuren von Brandbeschleuniger wurden gefunden. (16.10.15)
17.10.15	Traben-Trarbach	Rheinland-Pfalz	Brandstiftung	X		In der Nacht zum 17.10.2015 zündeten Unbekannte eine Gummi-Fußmatte im Eingangsbereich des internationalen Willkommenstreffs an. Ein Passant konnte diese entfernen und so ein Übergreifen der Flammen verhindern. In dem Haus leben derzeit sieben Geflüchtete. Kurze Zeit später brannte ein Motorroller in nur 250m Entfernung. Die Ermittler_innen gehen von Brandstiftung und einem Tatzusammenhang aus.
18.10.15	Winterberg	NRW	Brandstiftung mögl. Unterkunft		X	Eine frühere Fabrik wird angezündet. Das Gebäude war der Stadt als Unterkunft angeboten worden.
19.10.15	Remseck	BaWü	Brandstiftung	X		In einem an eine Unterkunft angrenzenden Gebäude wird an mehreren Stellen Feuer gelegt. Laut Polizei deute vieles auf einen "fremdenfeindlichen Hintergrund" hin.
20.10.15	Dresden	Sachsen	Versuchte Brandstiftung	X		Vor der Unterkunft in der neuen Mensa zündet ein Mann eine Plastikflasche an, die mit flüssigem Grillanzünder und Papierfetzen gefüllt ist. Das Feuer kann ausgtreten werden

Gegenüberstellung von Zahlen extrem rechter Aufmärsche am Beispiel Berlin

4. Quartal 2014

Laut Bundesregierung (Drucksache 18/3986):

Datum/Ort	Organisation	Beschreibung	Teilnehmende
01.11.14	NPD	Demo gegen eine neu entstehende Unterkunft	200 Personen

Eigene Recherche:

Datum/Ort	Organisation	Beschreibung	Teilnehmende
03.10.14 Charlottenburg	German-Defence-League	Kundgebung „Tag der Patrioten“	ca. 70 Personen
08.10.14	NPD-Pankow	Kundgebungstour	ca. 5 Personen
30.10.14		Kundgebung gegen Unterkunft	ca. 100 Personen
01.11.14 Weißensee	NPD	Kundgebung	ca. 10 Personen
01.11.14 Berlin-Buch	NPD	Demo	ca. 200 Personen
03.11.14 Marzahn-Hellersdorf		1. „Montagsdemo“	ca. 120 Personen
10.10.14 Marzahn-Hellersdorf	Bürgerbewegung MaHe	2. „Montagsdemo“	ca. 400 Personen
15.11.14 Köpenick		Demo gegen Unterkunft	ca. 400 Personen
17.11.14 Berlin-Buch		"Demo gegen Unterkunft Redner: u.a. Christian Schmidt NPD"	ca. 250 Personen
17.11.14 Marzahn-Hellersdorf	Bürgerbewegung MaHe	3. „Montagsdemo“	
21.11. 14 Köpenick		Demo gegen Unterkunft	ca. 400 Personen
22.11.14 Marzahn-Hellersdorf	Bürgerbewegung MaHe	Versuchter Aufmarsch gegen Unterkunft	ca. 600 Personen
24.11.14 Berlin-Buch		Kundgebung gegen Unterkunft	ca. 50 Personen
24.11. 14 Marzahn-Hellersdorf	Bürgerbewegung MaHe	4. „Montagsdemo“	ca. 1.000 Personen
01.12.14 Marzahn-Hellersdorf	Bürgerbewegung MaHe	5. Montagsdemo incl. Liveauftritt „A3Stus“	ca. 400 Personen
04.12.14 Berlin-Buch		Aufmarsch gegen Unterkunft	ca. 100 Personen
05.12.14 Köpenick		Aufmarsch gegen Unterkunft	ca. 200 Personen
06.12.14 Buch/Marzahn-Hellersdorf/Köpenick/Hohenschönhausen	NPD	Kundgebungstour gegen Unterkünfte	ca. 10 Personen
08.12.14 Marzahn-Hellersdorf	Bürgerbewegung MaHe	6. „Montagsdemo“	ca. 300 Personen
12.12.14 Köpenick		Aufmarsch gegen Unterkunft	ca. 80 Personen
15.12.14. Marzahn-Hellersdorf	Bürgerbewegung MaHe	7. „Montagsdemo“	ca. 300 Personen
16.12.14 Hohenschönhausen		Aufmarsch gegen Unterkunft	Ca. 200 Personen

Gesamt: 22 Veranstaltungen, ca. 5.000 Teilnehmende

Anmerkungen:

1 | Nicht aufgelistet wurden diverse rassistische Lichterketten in Buch und Köpenick, sowie sogenannte Anwohner-Picknicks in Köpenick

In Drucksache 17/15429 bezeichnet der Berliner Senat die Aufmärsche in Marzahn-Hellersdorf als rechtsextremistisch dominiert, hier hätten sich organisations- und gruppenübergreifend Akteurinnen und Akteure des gesamten Spektrums des parlaments- und aktionsorientierten Rechtsextremismus beteiligt.

Weiterführendes Dossier

Zur Neonazi-Struktur der Aufmärsche in Marzahn-Hellersdorf, Köpenick, Buch und Hohenschönhausen vgl. „Anhaltende Bedrohung – Rassistische Mobilisierungen in Berlin 2014“

Online unter:
www.apabiz.de/publikation/Rassistische_Mobilisierungen_2014.pdf

1. Quartal 2015

Laut Bundesregierung (Drucksache 18/4864):

Datum/Ort	Organisation	Beschreibung	Teilnehmende
15.01.15	NPD	Kundgebung an einer Notunterkunft für Flüchtlinge	30 Personen
30.01.15	NPD-Pankow	Kundgebung „Wir wollen kein Containerdorf – weder in Pankow, noch sonst wo“	35 Personen

Eigene Recherche:

Datum/Ort	Organisation	Beschreibung	Teilnehmende
05.01,15 Berlin-Mitte	Bärgida	1. „Abendspaziergang“	ca. 400 Personen
06.01.15 Hohenschönhausen		Aufmarsch gegen eine Unterkunft	ca. 60 Personen
08.01.15 Hohenschönhausen		Kundgebung gegen eine Unterkunft	ca. 30 Personen
09.01.15 Köpenick		Aufmarsch gegen eine Unterkunft	ca. 80 Personen
10.01.15 Hohenschönhausen		Aufmarsch gegen Unterkunft	ca. 200 Personen
12.01.15 Berlin-Mitte	Bärgida	2. „Abendspaziergang“	ca. 400 Personen
12.01.15 Marzahn-Helersdorf	Bürgerbewegung MaHe	8. „Montagsdemo“	ca. 300 Personen
14.01.15 Marzahn-Hellersdorf		Spontaner Aufmarsch gegen Unterkunft	ca. 50 Personen
19.01.15 Berlin-Mitte	Bärgida	3. „Abendspaziergang“	ca. 300 Personen
19.01.15 Marzahn-Hellersdorf	Bürgerbewegung MaHe	9. „Montagsdemo“	ca. 200 Personen
20.01.15 Hohenschönhausen		Aufmarsch gegen Unterkunft	ca. 75 Personen
26.01.2015 Berlin-Mitte	Bärgida	4. „Abendspaziergang“	ca. 300 Personen
26.01.15 Marzahn-Hellersdorf	Bürgerbewegung MaHe	10. „Montagsdemo“	ca. 100 Personen
28.01.15 Hohenschönhausen		Aufmarsch gegen Unterkunft	ca. 50 Personen
30.01.15 Berlin-Buch	NPD-Pankow	Kundgebung „Wir wollen keine Containerdörfer – weder in Pankow, noch sonst wo“	ca. 30 Personen
02.02.2015 Berlin-Mitte	Bärgida	5. „Abendspaziergang“	ca. 200 Personen
02.02.15 Marzahn-Hellersdorf	Bürgerbewegung MaHe	11. „Montagsdemo“	ca. 140 Personen
06.02.15 Köpenick	NPD	Aufmarsch gegen Unterkunft	ca. 80 Personen
07.02.15 Berlin-Buch	Pro Deutschland	Kundgebung	ca. 90 Personen
09.02.2015 Berlin-Mitte	Bärgida	6. „Abendspaziergang“	ca. 250 Personen
09.02.15 Marzahn-Hellersdorf	Bürgerbewegung MaHe	12. „Montagsdemo“	ca. 100 Personen
11.02.15 Hohenschönhausen		Kundgebung gegen Unterkunft	ca. 20 Personen
16.02.2015 Berlin-Mitte	Bärgida	7. „Abendspaziergang“	ca. 200 Personen
16.02.15 Marzahn-Hellersdorf	Bürgerbewegung MaHe	13. „Montagsdemo“	ca. 70 Personen
21.02.15 Lichtenberg	NPD	Kundgebung gegen angebliche „Ausländergewalt“	ca. 35 Personen
23.02.2015 Berlin-Mitte	Bärgida	8. „Abendspaziergang“	ca. 200 Personen
23.02.15 Marzahn-Hellersdorf	Bürgerbewegung MaHe	14. „Montagsdemo“	ca. 50 Personen
02.03.2015 Berlin-Mitte	Bärgida	9. „Abendspaziergang“	ca. 200 Personen
02.03.15 Marzahn-Hellersdorf		15. „Montagsdemo“	ca. 70 Personen
04.03.15 Hohenschönhausen		Kundgebung	ca. 15 Personen
09.03.2015 Berlin-Mitte	Bärgida	10. „Abendspaziergang“	ca. 200 Personen
16.03.2015 Berlin-Mitte	Bärgida	11. „Abendspaziergang“	ca. 200 Personen
23.03.2015 Berlin-Mitte	Bärgida	12. „Abendspaziergang“	ca. 200 Personen
30.03.2015 Berlin-Mitte	Bärgida	13. „Abendspaziergang“	ca. 150 Personen

Gesamt: 34 Veranstaltungen, ca. 5.045 Teilnehmende